

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Keine Große Koalition.

Dr. Koch gibt den Auftrag zurück. — Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gibt über ihre Entscheidung folgende Darstellung:

In der Besprechung, die die Beauftragten der Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei, der Demokratischen Partei, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei über den Programmwurf des Abgeordneten Dr. Koch am Dienstag, den 15. Dezember, hatten, war von den Führern der Sozialdemokratischen Partei verlangt worden, daß sie die durch den Brief der Fraktion an den Reichspräsidenten zur Klarstellung aufgeworfenen Fragen genauer präzisieren möchten, insbesondere angeben sollten, welche Mindestforderungen sie in den strittigen Punkten erheben würden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat dann in der Besprechung der Parteiführer am Mittwoch, den 16. Dezember, in folgenden fünf Punkten genaue Formulierungen zu dem Programmwurf unterbreitet:

1. Reichsgerichtliche Regelung der Fürstenabfindung mit rückwirkender Kraft auf Grund des demokratischen Antrags.

2. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei gleichzeitiger Inkraftsetzung in Frankreich und Belgien.

Schleunige Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes unter Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitslages.

3. Erfüllung des Artikels 163 der Reichsverfassung durch partiellen Ausbau der Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern, sowie bei der Bildung des Endgültigen Reichswirtschaftsrats.

4. Als zur schnellen Verabschiedung eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung.

Weitere Erhöhung der Unterstützungssätze. Obligatorische Kurzarbeiterunterstützung. Aufhebung der Bestimmung über die Begrenzung der Unterstützungsdauer und Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung. Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge auf alle Angehörigen, die Landarbeiter und die Hausangestellten. Besondere Unterstützungsmöglichkeiten für die Ausgesteuerten und die bisher von der Unterstützung nicht Erhaltenen.

5. Bei Ermäßigung von Steuern: Vorrang der Hauszinssteuer, der Lohn- und Umsatzsteuer vor den Besitzsteuern.

Verwendung der Ertragsteuern aus der Mietszinssteuer für den Wohnungsbau.

Offenlegung der Steuerlisten.

Im Anschluß hierzu wurde bemerkt: Wir zweifeln nicht daran, daß sich über die übrigen Forderungen eine Verständigung erzielen läßt, wenn in den vorstehend aufgeführten Punkten die Formulierung der sozialdemokratischen Fraktion akzeptiert wird.

Da der nach der Mittwochssitzung geänderte Programmwurf des Abgeordneten Dr. Koch die oben wiedergegebenen sozialdemokratischen Mindestforderungen nicht enthielt und das Verhalten der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei nicht gerade den Anschein erweckte, als ob diese es mit der Großen Koalition ernst meinten, nahm die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Sitzung vom 17. Dezember folgende Entschliebung an:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abgeordnete Koch, dessen republikanische und demokratische Zuerkennung außer Zweifel steht, sich auf das eifrigste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der Deutschen Volkspartei besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abgeordneten Koch hat die Deutsche Volkspartei keine klare Stellungnahme vermeiden. Die Fraktion kann in der Formulierung, die ihr auf Grund der Besprechungen der Parteien neuerdings vorgelegt wurde, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken.“

Am Donnerstag vormittag 10 Uhr versammelten sich die Führer der fünf Parteien erneut, um das Ergebnis der Fraktionsbeschlüsse mitzuteilen. Bei der Uebergabe des oben mitgeteilten Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion wurde erklärend bemerkt, daß für die Fassung des Beschlusses die Art mitbestimmend war, in der die Fraktion der Deutschen Volkspartei auch gestern abend noch nach den Mitteilungen des Vereins der Zeitungsverleger sich einer klaren Stellungnahme zu dem geänderten Kochschen Programmwurf entzogen habe. Herr Scholz legte gegen diese Erklärung Verwahrung ein und behauptete, daß die Mitteilung des Vereins der Zeitungsverleger in jeder Beziehung falsch gewesen sei. Die Fraktion habe sich vertagt, um dann zwischen 9 und 11 Uhr die Beratung fortzusetzen. (Anmerkung: Dieses soll allerdings im Reichstagsklub der Deutschen Volkspartei auf einem Bierabend bei belegten Broten geschehen sein.) Im

übrigen forderte Herr Scholz das Zeugnis der übrigen Parteien dafür heraus, daß das Verhalten seiner Partei in den letzten Tagen ein genügender Beweis für den Ernst der Absichten, die Große Koalition zustande zu bringen, gewesen sei. Eine Diskussion hierüber wurde von den anderen Parteien nicht beliebt.

Abgeordneter Reichl erklärte für seine Partei formal die Zustimmung in den wesentlichen Punkten, seine Fraktion sei jedoch der Auffassung gewesen, daß eine Einigung auf Grund des Programmwurfs nicht zustande kommen würde. Die Abgeordneten Marx und Erkelenz teilten mit, daß sich die Fraktionen des Zentrums und der Demokratischen Partei auf den Boden der Richtlinien des Abgeordneten Koch gestellt hätten.

Der Abgeordnete Dr. Koch wird nun dem Reichspräsidenten von dem Scheitern seiner Bemühungen um die Bildung der Großen Koalition Mitteilung machen. Ueber andere Parteikombinationen zur Bildung einer Reichsregierung wurde in dieser Sitzung nicht verhandelt.

Koch gibt den Auftrag zurück.

Reichsminister a. D. Koch berichtete heute vormittag 11 Uhr dem Herrn Reichspräsidenten über seine Verhandlungen, aus denen sich ergeben habe, daß die große Koalition zurzeit nicht möglich sei, und gab deshalb dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurück.

Der Reichspräsident dankte dem Abgeordneten Koch für seine mühsame Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe.

Die Richtlinien des Abg. Koch.

Die Richtlinien des Abg. Koch, die die Grundlage der Parteiführerbesprechungen der letzten Tage bildeten, haben folgenden Wortlaut:

Bei der Abfassung der nachstehenden Richtlinien ist davon ausgegangen, daß eine Mehrheitsregierung für Deutschland eine unumstößliche Notwendigkeit ist, wenn es gelingen soll, die Auswärtige Politik in den bisherigen Bahnen erfolgreich weiter zu führen und Deutschland über die wirtschaftlichen Räte der kommenden Zeit hinwegzuhelfen. Eine

Mehrheitsregierung ist aber ohne weitgehendere Kompromisse unmöglich. Manche der folgenden Sätze mögen bedenklich oder unzureichend erscheinen, unerträglich sind sie nicht. Sie sind erträglich als das Experimentieren mit einer Minderheitsregierung. Die Zusammenlegung des Kabinetts muß dafür bürgen, daß die Richtlinien in einer mittleren Linie durchgeführt werden. In derselben Linie wird auch an die Bearbeitung derjenigen Fragen heranzugehen sein, die noch zu wenig geklärt sind, um hier aufgenommen zu sein.

1. Sicherung und Festigung der Verfassung und der Republik. Kampf gegen alle verfassungsfeindlichen Elemente. (Anmerkung: Es ist selbstverständlich nicht daran gedacht, Anträge auf Abänderung einzelner Bestimmungen der Verfassung als unzulässig hinzustellen, wie solche Anträge auch bisher bereits häufig von allen Parteien gestellt worden sind und vermutlich auch gestellt werden. Auch ist nicht daran gedacht, in die verfassungsmäßig gewährte Meinungsäußerung in irgendeiner Weise einzugreifen. Von den Beamten muß die Vertretung und Verteidigung der Verfassung verlangt werden.)

2. Fortsetzung der Außenpolitik des Kabinetts Cuthar zwecks europäischer Verständigung und zwecks Herbeiführung der Gleichberechtigung und Freiheit Deutschlands. Rüstungsbeschränkungen aller Staaten Europas.

3. Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auch wo es sich um Deutsche handelt. Vertiefung der Beziehungen zu den deutschen Minderheiten im Auslande.

4. Befreiung des deutschen Bodens von fremder Besetzung. Beschleunigung der Abstimmlung im Saargebiet. Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete der Luftschiffahrt.

5. Eintritt in den Völkerbund, entsprechend den Erklärungen der Regierung bisher. Annäherung der europäischen Staaten, um Europa seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Stellung zu erhalten.

6. Herbeiführung des europäischen Wirtschaftslebens. Verständigung zwischen den europäischen Völkern über Produktion und Absatz. Verfolgung einer entschiedenen Handelsvertragspolitik. Beteiligung an einer Weltwirtschaftskonferenz.

7. Förderung einer freien und gesunden Erwerbs- und Wettbewerbswirtschaft in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Bekämpfung einer Vornachstellung der Kartelle. Förderung der Umstellung der Wirtschaft zu höherer Wirtschaftlichkeit durch Handhandarbeiten von Regierung und Wirtschaftstreibern. Zieldienste Kreditpolitik zur Durchführung der Maßnahmen dieser Ziffer.

Die Berliner Notstandsaktion.

Deckung der Ausgaben vom Haushaltsausschuß einstimmig beschlossen.

Heute vormittag fand eine sehr lange und eingehende Beratung der Vorschläge des Magistrats für die Beschaffung neuer Mittel im städtischen Haushalt statt. Bekanntlich sind abgesehen von dem bereits vorhandenen Defizit im Laufe des Haushaltsjahres durch die städtische Notstandsaktion zur Unterstützung der Erwerbslosen neue Mittel notwendig geworden. Der Rämmerer gab eine ganz eingehende Darstellung der Entwicklung der Steuerverhältnisse der städtischen Kredite der Finanzen oder städtischen Gesellschaften usw. Es herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß für die Beschaffung der Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen noch heute in der Stadtverordnetenversammlung Beschlüsse gefaßt werden müssen. Unabhängig von der Frage, wie im nächsten Quartal das Gesamtdefizit des Haushalts auszugleichen ist, hat man sich schließlich nach längerer Beratung dahin geeinigt, der Stadtverordnetenversammlung heute folgende Beschlüsse zu empfehlen:

„Die Versammlung billigt die Vorfälle des Magistrats über die Notstandsaktion und die damit verbundenen Ausgaben. (Zu erster Linie 10 Millionen Unterstützung für Erwerbslose und Notstandsarbeiten der Tiefbauverwaltung.)

Zur Deckung des dadurch entstehenden Defizits wird die Bruttoabgabe aller städtischen Gesellschaften (Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn), die augenblicklich 5 Proz. beträgt, auf 8 Proz. erhöht. Diese Erhöhung tritt vom 1. Januar an in Kraft. Sie wird für das letzte Quartal des Haushalts einen Betrag von schätzungsweise 2,5 Millionen Mark flüssig machen. Eine Erhöhung der Tarife ist zur Durchführung dieses Beschlusses nicht notwendig.

Der städtische Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer wird von 100 auf 150 Proz. erhöht. Formell lautet der Beschluß Erhöhung auf 112,5 Proz., da ein solcher Beschluß für das ganze Etatsjahr gefaßt werden muß. Seine Wirkung ist aber eine Erhöhung des Zuschlages vom 1. Januar ab von 100 auf 150 Proz. Dazu wurde auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, daß der Steuerauschuß in der heutigen Versammlung zu wählen ist, und daß er sofort nachzuprüfen hat, ob eine Staffelung der Grundsteuer in einem sozialeren Sinne durchgeführt werden kann.

Die Vorschläge des Magistrats über den Bau der UEB-

Bahn und die Einsetzung von 2 1/2 Millionen in den Etat für den Beginn der Arbeiten werden zurückgestellt. Dafür wird die Verammlung heute eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats vorfinden, in der die Stadtverordnetenversammlung ersucht wird, eine gemischte Deputation für den Bau und Finanzierung der UEB-Bahn einzusetzen. Diese Deputation soll dann eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung in allen Einzelheiten vorbereiten.

Die Arbeiten der Konstitutionsverwaltung in Höhe von 6 Millionen Mark mit Unterstützung durch Mittel des Arbeitsministeriums als Notstandsarbeit werden grundsätzlich genehmigt vorbehaltlich der Vorlegung der Einzelprojekte durch Vorlagen an die Versammlung.

Außerdem verabschiedete der Haushaltsausschuß die Magistratsvorlage über die Erhebung von Berufsbeiträgen. Bei der Abstimmung hierüber enthielt sich die deutsch-nationale Fraktion der Stimme. Die Annahme der Notstandsaktion und der dazu gemachten Deckungsvorschläge (Erhöhung der Bruttoabgabe von 5 auf 8 Proz. und Erhöhung der Grundsteuer) erfolgte einstimmig durch die Vertreter aller Fraktionen.

Nach dem Verlauf der Sitzung kann damit gerechnet werden, daß die Erledigung dieser Vorlagen in der heutigen Stadtverordnetenversammlung statt von statten gehen wird. Wenn auch die städtischen Finanzen nach wie vor in einer schwierigen Lage sein werden, so bedeuten doch die heute gefaßten Beschlüsse eine fühlbare Erleichterung. Im übrigen machte der Rämmerer noch Mitteilung davon, daß die Durchführung der Reichstagsbeschlüsse über einmalige Beihilfen an die Beamten für die städtische Kasse einen Betrag von 1,2 Millionen M. ausmache.

Das Problem der Durchführung des Baues der UEB-Bahn führte zu einer längeren Debatte, in die auch der Oberbürgermeister eingriff. Der Magistrat denkt sich eine Vorkoppelung des Baues der UEB-Bahn mit der Straßenbahn und glaubt, daß eine Erhöhung der Umfahrgarantie (nicht des einfachen Tarifs) von 15 auf 20 Pfennige genügend Mittel flüssig machen wird, den Bau der UEB-Bahn in etwa 2 Jahren zu finanzieren und sicherzustellen. Die Debatte hierüber wurde aber abgebrochen, weil die ganze Angelegenheit einer besonderen Deputation überwiesen wird. Damit ist auch die Entscheidung über die Erhöhung des Straßenbahntarifs vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt, denn die Erhöhung der Bruttoabgaben der Werke auf 8 Proz. ihrer Korbentnahmen ist ohne Tarifierhöhung möglich.

8. Intensivierung der Landwirtschaft und Förderung des Viehwirtschaftens unter besonderer Berücksichtigung der Bedrängten.

9. Schaffung eines Gesetzes zur Durchführung einer gerechten und mit dem Staatswohl vereinbarsten Abfindung der ehemaligen Fürsten.

(Anmerkung: Es ist unzulässig, mich in dieser Frage auf Einzelheiten festzusetzen, vielmehr wird man es den Verhandlungen im Rechtsausschuss überlassen müssen, welche Gestalt das Gesetz findet. Dort wird auch die Frage zu erörtern sein, inwiefern, namentlich mit Rücksicht auf elastische schüringische Verhältnisse, Urteile einer Nachprüfung zu unterziehen sind, die vom privatrechtlichen Gesichtspunkt aus gerechtfertigt sein mögen, aber den besonderen historischen und staatsrechtlichen Verhältnissen des Erwerbes — es sei z. B. an den Schmalzfabriker Fall erinnert, in dem wir durch deutsches Blutopfer erworbenes Vermögen einem englischen Prinzen zuweilen, während England die deutschen Privatvermögen beschlagnahmt hat, nicht Rechnung tragen.)

10. Vorlegung eines neuen Schulgesetzentwurfes nach den Grundzügen des Artikels 146 der Reichsverfassung unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und des Elternrechtes.

11. Politische und konfessionelle Gleichberechtigung bei der Kernerbelegung.

12. Schaffung einer Reichshandwerksordnung.

13. Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes, das den Arbeiterschutz, den Frauenschutz und die Sonntagsruhe kodifiziert und die Arbeitszeit im Rahmen des Wahingtoner Abkommens auf der Grundlage des achtstündigen Arbeitstages regelt.

Ratifikation des Washingtoner Zeltabkommens unter der Voraussetzung, daß mindestens Frankreich und Belgien die Ratifikation vollziehen.

(Anmerkung: Nach den Darlegungen des Arbeitsministers Brauns ist zu erwarten, daß er ein Gesetz vorlegen wird, das sich im Rahmen des Washingtoner Abkommens hält, zugleich aber auch die Arbeitszeit in einer Weise regelt, die der Wirtschaft genügende Bewegungsfreiheit gibt, um wettbewerbsfähig zu sein. Darüber hinaus megen des Inhalts dieses Gesetzes heute Festlegungen zu treffen, erscheint unzulässig.)

14. Ein Gesetz im Rahmen des Washingtoner Abkommens geschaffen, so ist es keine innenwirtschaftliche Frage mehr, ob und unter welchen Voraussetzungen das Washingtoner Abkommen ratifiziert wird, sondern eine außenwirtschaftliche. Es wird alles daran gesetzt werden müssen, nicht nur Frankreich und Belgien, sondern auch England für die Ratifikation zu gewinnen. Wirtschaftlich ausgleichend wird aber die Ratifikation Englands nicht sein, da England anerkanntermaßen zurzeit kürzere Arbeitszeit hat als das Washingtoner Abkommen vorsieht und innerhalb der nächsten fünf Jahre, für die das Washingtoner Abkommen noch gilt, nach allem Ermessen auch drüberhalten wird.)

15. Vorlegung eines Gesetzentwurfes auf Grund des Art. 163 der Reichsverfassung.

(Anmerkung: Die Verfassung sieht bereits vor, daß auch den unteren Instanzen paritätische Arbeitnehmervertretungen zu errichten sind. Eine Festlegung darauf, daß die Arbeitnehmervertretungen in die Berufsausschüsse aufgenommen werden, erscheint dagegen bedenklich, da die Schaffung besonderer Vertretungen mit gemeinsamer Dachorganisation zu prüfen ist.)

16. Beschleunigte Verabschiedung des dem Reichswirtschaftsrat bereits vorliegenden Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung. Bis dahin Verapfaltung der Erwerbslosenauszahlung an die wirtschaftliche Not.

(Anmerkung: Eine Festlegung auf bestimmte Sätze oder auf Ausgestaltung der Erwerbslosenunterstützung in ihren Einzelheiten ist vor der Aussprache mit dem künftigen Finanzminister ganz unmöglich. Es wird sicher aber nicht verkannt, daß die jetzige Regelung der Erwerbslosenunterstützung einer Verbesserung bedarf, wenn schwere Erschütterungen vermieden werden sollen.)

17. Verabschiedung des Arbeitsgerichtsgesetzes.

18. Nachprüfung des Steuerwesens des Reiches und aller öffentlichen Körperschaften zur Herbeiführung von Steuererleichterungen unter Aufrechterhaltung eines wohl geordneten öffentlichen Haushaltes. Bei allen Steuerermäßigungen besondere Rücksichtnahme darauf, daß die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die übrigen indirekten Steuern eines Abbaues in mindestens demselben Maße bedürfen, wie die Besitzsteuer. Verschärfung der Steuerkontrolle und Anwendung aller geeigneten Mittel zur Herbeiführung einer

ehrlichen Steuererklärung. Befestigung von Verteilern der Öffentlichkeit an der Steuerkontrolle. Vereinfachung des Steuerwesens. Ersparnismaßnahmen im öffentlichen Haushalt.

19. Heranziehung von Ueberhöhlen aus Reichspost und Brauweinmonopol durch Änderung des Reichspostfinanzgesetzes und wirtschaftliche Gestaltung der Reichsmonopolverwaltung. Abgrenzung des Aufgabebereiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unter weitgehender Berücksichtigung des Gedankens einer gesunden Dezentralisation und Selbstverwaltung. Erhöhte Selbstständigkeit der Länder und Gemeinden in der Deckung ihrer Ausgaben.

20. Begrenzung aller finanziellen Maßnahmen durch die Notwendigkeit, die deutsche Währung zu erhalten.

21. Berufung eines Sachverständigenausschusses zur Begutachtung und Durcharbeitung der vorgeschlagenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen.

Die Anmerkungen zu einigen Punkten sind auf Grund der Parteiführerbesprechungen dem Entwurf hinzugefügt worden.

Vertagung des Reichstags.

Vom zum 12. Januar.

Der Ältestenausschuss des Reichstags beschloß, den Reichstag heute bis zum 12. Januar zu vertagen.

Das Mißtrauen gegen die Volkspartei.

Die Presse zur sozialdemokratischen Entscheidung.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird von der demokratischen und Zentrumspresse mit Enttäuschung aufgenommen. Die „Vossische Zeitung“ schreibt:

„Die Motive, von denen sich die Sozialdemokraten bei ihrer Ablehnung haben leiten lassen, sind hauptsächlich von dem Mißtrauen gegenüber der Deutschen Volkspartei und auch der Bayerischen Volkspartei diktiert.“

„Es ist tief bedauerlich, daß die Sozialdemokratie in einem entscheidenden Augenblick nicht den Mut gefunden hat, über vielleicht an und für sich berechnete Parteibedenken und sicherlich nicht unbegründetes Mißtrauen hinwegzutun, was ein Gebot der Notwendigkeit und der staatspolitischen Klugheit war.“

Die „Germania“ erhebt den Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, daß sie die Schuld an dem Nichtzustandekommen einer Mehrheitsregierung auf der Grundlage der Großen Koalition trage:

„Die Große Koalition ist gescheitert. Gescheitert, weil Verantwortungsgewissen, gepaart mit doktrinärem Befangenheit, wieder einmal den gesunden Menschenverstand totgeschlagen hat. Die Hauptschuld an dem Scheitern der Verhandlungen trägt die Sozialdemokratie. Sie hat die Verhandlungen, darüber kann die vorsichtige Formulierung nicht hinwegtäuschen, abgebrochen. Nun mag man der Sozialdemokratie manches zugute halten. Die Erfahrungen, die sie mit der ersten Großen Koalition gemacht hat, ein Rest von Bitterkeit über die Sommerpolitik dieses Jahres und schließlich auch die unsichere Haltung der Deutschen Volkspartei. Das alles zugegeben — es entlastet die Sozialdemokratie nicht von dem schweren Vorwurf, die einzige Möglichkeit zur Bildung einer stabilen Regierung zerstückelt zu haben.“

Beide Zeitungen können nicht über die Tatsache hinwegsehen, daß von der Deutschen Volkspartei nichts geschehen ist, um das berechnete Mißtrauen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Deutsche Volkspartei aus dem Wege zu räumen. Im Gegenteil ist dieses Mißtrauen bis zur letzten Stunde noch bekräftigt worden durch die zweideutige, ausweichende Haltung der Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Niemand kann sich dem Eindruck verschließen, daß die Deutsche Volkspartei nicht gewillt ist, die notwendige innere Kursänderung vorzunehmen, fordern daß sie nach wie vor den Gedanken der Rechtsblockpolitik nach dem Muster dieses Sommers als Richtungsziel festhält. Bei solcher politischer Zielsetzung muß jeder schließen, daß die

Volkspartei die Große Koalition — wenn überhaupt — dann nur als Episode des Uebergangs von der Politik des Rechtsblocks im Jahre 1925 zur Politik des Rechtsblocks im Jahre 1926 wolle.

Die Erfahrungen, die die Sozialdemokratie mit der Volkspartei als Koalitionsgenossen gemacht hat, können nicht ausgestrichen werden — um so mehr nicht, als die Volkspartei sich seither nicht geändert hat. Das Mißtrauen gegen die Volkspartei wurzelt nicht nur tief in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch in den Reihen der Parteigenossen im Lande. Dieses Mißtrauen war ein realpolitischer Faktor bei der Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — ihn zu entkräften, hätte es der klarsten, unzweideutigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei, ihrer klaren Abwendung von dem Gedanken der Rechtsblockpolitik bedurft. Diese klare Stellungnahme ist nicht erfolgt — ein starker Beweis mehr für die Berechtigung unseres Mißtrauens.

Die Rechtspresse nimmt im allgemeinen das Scheitern der Großen Koalition mit Zurückhaltung auf. Sie beognügt sich, die falsche Behauptung wiederzugeben, daß die Sozialdemokratie mit neuen Forderungen hervorgetreten sei. Sie wendet ihre Aufmerksamkeit dem zu, was nun kommen wird, und versichert einstimmig: selbstverständlich Luther.

Das Stresemann-Attentat.

Der Oberreichsanwalt veranlaßt das weitere.

Ueber die Verhaftung der beiden Rechtsabwiler, die ein Attentat auf Stresemann planten, erfahren wir weiter: Kaldorff und Lorenz sind bereits am 7. Dezember verhaftet worden. Der Oberreichsanwalt wird wahrscheinlich die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Verbrechen gegen § 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik beantragen. Dieses Gesetz bestraft nämlich auch schon vorbereitende Handlungen zur Ermordung eines Ministers der deutschen Republik, während das Strafgesetzbuch erst den Mordversuch mit Strafe bedroht, zu dem es aber in diesem Falle noch nicht gekommen war.

Kaldorff hat bei seiner Vernehmung erklärt, daß er im Jahre 1919 in München sich zur Räteregierung gesellen habe und deshalb auch mit 14 Jahren Gefängnis bestraft worden sei. Später sei er, hauptsächlich wohl unter dem Einfluß der Ruhrbelegung, in das andere Extrem übergegangen und sei jetzt ein Anhänger Hitlers.

Der andere Verhaftete Lorenz gibt an, einer politischen Organisation nicht anzugehören, aber im Mai d. J. der Deutschen Nationalen Volkspartei beigetreten zu sein.

Bis jetzt ist nicht festgestellt, daß Kaldorff und Lorenz bereits Geldmittel zur Ausführung ihres Planes gehabt hätten, wie das in einem Brief Kaldorffs an den Münchener Rechtsanwalt behauptet wird. Der Empfänger dieses Briefes, ein Studienfreund Kaldorffs, schildert diesen als einen stark psychopathischen Fanatiker, der keinerlei Hemmungen habe, um seine Einbildungen durchzusetzen und dem daher die Ausführung des Attentatsplans wohl zuzutrauen wäre. Kaldorff hat auch angegeben, Vater des „Berliner Lokal-Anzeiger“ zu sein.

Einige weitere Persönlichkeiten, die in dieser Sache bis jetzt genannt worden sind, haben die Absicht gehabt, die ganze Sache, sowie sie deutlichere Gestalt annahm, den Behörden mitzuteilen; diese Personen kommen daher nicht als Beschuldigte, sondern als Zeugen in Betracht.

Korrespondenz BS. meldet weiter: Karl Kaldorff wurde am 15. Juli 1885 in Traunstein und Werner Lorenz, am 18. Februar 1890 geboren. Kaldorff wurde im Oktober dieses Jahres als ungelerner Arbeiter in das Bernerwerk eingestellt. Als Sohn eines geachteten bayerischen Beamten ist Kaldorff nach dem Kriege vollständig verbummelt und hat nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin bereits eine ganze Anzahl von Schwindeleien und Hochstapeleien verübt. In das Bernerwerk ist er durch seine Beziehungen zu dem Leiter der Völkischen Angestelltenvereinigung, Major a. D. Smetthlag gekommen. Kaldorff hatte sich der Völkischen Arbeiter- und Angestelltenvereinigung der Siemenswerke angeschlossen.

Geheime Arbeiterräte.

Von Hans Bauer.

Es war das weithin leuchtende Wahrzeichen des sich zuerst einmal als Untertanen fühlenden Bürgers im wilhelminischen Zeitalter, daß er mehr noch als auf gute Betätigung, auf gute Behandlung durch den Staat sah. Der Orden und der Titel, das waren die beiden Pole, um die sein Denken kreiste. In der Regel waren es vielleicht gar nicht einmal in erster Linie die Gefühle der Gerechtigkeit, die durch Beförderung und Dekoration ihre Bestätigung fanden. Der Untertan freute sich nicht nur im Hinblick auf die veränderte Einschätzung durch die Umwelt über die Anerkennung, die er vom Staat erhielt, sondern er war auch innerlich davon überzeugt, daß er nicht mehr derselbe wie früher war. Er war gewachsen. Der Lehrer, der über Mittag zum Oberlehrer befördert worden war, kam als ein Anderer zum Nachmittagsunterricht. In seinem veränderten Renommee über sich selber war auch in seinem Verhältnis zum Staat, als dem Bewirter seiner gesellschaftlichen Erhöhung, eine Wandlung eingetreten. Er fühlte sich fester an den Staat geteilt. Es lag im Sinne seines Selbstbewusstseins, daß er die Institution, die dieses Selbstbewusstsein gestützt hatte, als gerecht und verehrungswürdig anerkannte: er ehnte sich selber, indem er den Staat ehnte.

Es ist wahrscheinlich, daß die schlauerer Köpfe des Kaiserreiches es schon immer als einen bedauerlichen Mangel ihres moralischen Befehlsystems empfanden, daß es sich nicht auch ohne weiteres auf diejenigen ausdehnen ließ, die der ganzen Ordnung, in die dieses System eingefügt war, feindselig gegenüberstanden. Das soll jetzt anders werden. Von Bayern her naht die Neuerung. Die bayerische Arbeiterschaft soll in den Stromkreis der staatlichen Abstempelung eingeschaltet werden. Es soll vom 1. Januar an in Bayern Arbeiterräte (die natürlich mit dem revolutionären Sinn dieses Wortes nichts zu tun haben werden), Landesarbeiterräte und Geheime Landesarbeiterräte geben. Höhere Titulaturen scheinen vorläufig noch nicht in Betracht kommen zu sollen. Oberlandesarbeiterräte, Geheime Oberlandesarbeiterräte, Obergeheime Landesarbeiterräte dürften fürs erste noch nicht ernannt werden. Vielleicht bleibt einer späteren Zeit aber auch dies nicht erspart.

Es ist noch nicht eckig ersichtlich, nach welchen Prinzipien die Beförderungen erfolgen sollen. Wird als Maßstab für die Bewertung die Anzahl der Jahre vonnöten werden, die jemand als Mitglied bei der Bayerischen Volkspartei zugebracht hat? Wird der Bezug der „Münchener Neuesten Nachrichten“ für die Beförderung ersten Grades, wird der Bezug der „Süddeutschen Monatshefte“ für die Beförderung zweiten Grades ausreichen? Sind die Titulaturen als Kompensation für zu niedrige Löhne gedacht?

Vielleicht dürfen auch wir uns der bayerischen Regierung mit einem Distrikt zu behandelnden Vorschlag nähern: Sie zeichne mit

der Beförderung alle diejenigen aus, die sich bei ihr als sozialistische oder republikanische Führer eines besonders verhabenen Namens gemacht haben. Der Titel eines Geheimen Arbeiterrates dürfte das geeignetste Mittel sein, seinen Träger lächerlich zu machen und ihm dadurch den Einfluß auf seine Gefinnungsgenossen zu entziehen.

Kindervorstellung in der Volkshalle. Unruhe und zappelige Lebendigkeit erfüllen den Zuschauerraum. Kleine Gestalten verkrüppeln in den Klappstühlen, und von den obersten Rängen leuchten oft nur schmetterlingsähnliche Haarschleifen herab. Subalpine, glückselige Erwartung bewegt Hunderte von Klappermäulchen. Aber dann wird es plötzlich dunkel, und wie sich der Vorhang von der Wunderwelt der Bühne hebt, ist alles mudsmäuschensstill. Und Siegfried, der Königssohn, sieht an einem Morgen „von des Vaters Burg herab“; er erblickt in einer Schmitze das Wunder der Arbeit und wird ein Schmiedesohn. Mit selbstgeschmiedetem Schwert befreit er dann die Prinzessin von dem Drachen und tötet das Unier. Doch der schlechte Ritter schlägt heimlich dem toten Drachen das Haupt ab und freit nun als ihr Erreiter um die Königsdöchter. Doch rechtzeitig nach eilt Siegfried, der tapfere Schmiedesohn, herbei. Er bringt die Junge des Drachen und zwei der Zähne als Zeichen seiner Tat, und nun wird natürlich auch die Prinzessin sein. In den Jubel ihrer Gespieltinnen stimmt kaskadierend und krähen die ganze Kinderchor ein, und einmütig wird auch der falsche Ritter verurteilt. Und dann ist das Spiel aus, und mit roten Büschen und blanken Augen verläßt alles das Theater. Doppelt eifrig nach langem Schwigen plappern die kleinen Jungen, und immer wieder klingt es: es war wunderbar — wunderbar. — Es war wirklich ein richtiges, echtes Kinderstück, dieses „Siegfried, klingende Märchenstück“ von Heinrich Kömer. „Jung Siegfried, der wackere Schmiedesohn.“ Vielleicht hätte man gut getan, an einigen Stellen die Verse etwas zu kürzen. Denn Kinder wollen im Theater sehen, sehen und nur sozial hören, wie zum Verständnis unbedingt notwendig ist. Und während z. B. der Drache starb, zeigte eine leichte Unruhe, daß er sich zuviel Zeit damit nahm. Schöner wäre es noch gewesen, wenn die beiden Königsdöchter mehr die feste Würde richtiger Märchenkönige gewahrt und nicht so sehr an die Weichheit von Bekuckentönigen erinnert hätten. Aber das sind Kleinigkeiten.

25 Jahre Quantentheorie. Max Planck, der große deutsche Gelehrte, kann jetzt auf das 25jährige Bestehen seiner berühmten Quantentheorie zurückblicken, die im Gegensatz zu anderen Theorien die Eigenschaft hat, nicht an Wert zu verlieren, sondern immer treuer zu werden. Hendrik Antoon Lorentz, der holländische Gelehrte und Frend Max Plancks, schreibt in den „Naturwissenschaften“ darüber u. a. folgendes: Wohl selten hat in einem Zeitraum von kaum einem Dezennium durch die Entdeckung neuer Erscheinungen und das Emporkommen neuer Denkweisen, eine Wissenschaft eine so tiefgehende Umwandlung erfahren wie vor 25 Jahren die Physik. Das scheidende Jahrhundert hatte in rascher Aufeinanderfolge die Entdeckung der Röntgenstrahlen, der Radioaktivität und des Zeeman-Effekts gebracht; man hatte die ersten Ausschläge über das Wesen des Elektrons gewonnen, und 1905 sollte Einsteins erste Abhandlung über die Relativitätstheorie erscheinen. In der Mitte dieser merkwürdigen Periode entstand die Quantentheorie, die, indem

sie zu einer Atomistik der Energie führte, in ganz besonderem Maße an der Reizgestaltung der Physik mitgewirkt hat. Nach und nach hat sie immer weitere Gebiete unter ihre Herrschaft gebracht, den Bau der Atome enthüllt und die Sprache der Spektren entziffert. So ist sie den Physikern unserer Tage ein unentbehrlicher und zuverlässiger Führer geworden, dessen Anweisungen sie gern folgen. Mögen auch ihre Anzeigen manches Mal wie unverständliche Orakelsprüche klingen, wir können uns das gefallen lassen, da wir überzeugt sind, daß große Wahrheiten hinter denselben liegen müssen. Es zielt sich wohl, jetzt in Dankbarkeit und Erinnerung daran zurückzudenken, daß Planck in der Eignung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft vom 14. Dezember 1900 mit der Entzifferung seiner Hypothese der Quantenelemente den Grund zur Quantentheorie legte.

Abbau beim Theater. Der Verband Berliner Bühnenleiter hat in seiner letzten außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen, in Anbetracht der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage, die sich naturgemäß besonders auf dem Gebiete des Theaterbetriebes auswirkt, einen Gesamtabbau der Theaterbetriebe herbeizuführen. Dieser Abbau soll sich auf sämtliche Zweige des Theaterbetriebes, insbesondere auf Miete, Lustbarkeitssteuer, Restime, Ausstattungswesen, Szenen und Gehälter (die beiden letzteren von einer bestimmten Höhe an) erstrecken.

Die auf eine Entspannung des gesamten Theaterbetriebs hinzielenden Bemühungen unterliegen beim Theater deswegen besonderen Schwierigkeiten, weil dort im Gegensatz zu anderen wirtschaftlichen Unternehmungen feste, oft langfristige Verträge vorliegen. Trotzdem sind die Theaterleiter von einem Erfolge ihrer Bemühungen überzeugt, der sie in die Lage versetzen würde, die Theatertrittspreise herabzusetzen.

Eine neue Untersuchung über die nordamerikanischen Petroleumlager. Frühe Prophezeiungen sind in jüngster Zeit besonders von englischen Sachverständigen über die Erschöpfung der nordamerikanischen Petroleumlager gemacht worden. Um nun genau festzustellen, wieviel Petroleummengen Nordamerika, das unser größter Petroleumverzeuher ist, noch besitzt, hat Präsident Coolidge eine Studienkommission eingesetzt, die über ihre Erhebungen einen genauen Bericht erstattet hat. Danach kann man jetzt noch mit einem Vorrat von 5,3 Millionen Barrels (1 Barrel = etwa 120 Litern) aus den gegenwärtig vorhandenen amerikanischen Öllagern rechnen. Wenn diese Mengen erschöpft sein werden, wird man zu anderen Mitteln greifen müssen, um den bissheren Schichten ihren Schatz abzugewinnen. Auf solche Weise der Förderung lassen sich weitere 25 Millionen Barrels gewinnen. Da aber die tiefsten Erdschichten erst zum kleineren Teil erschloß sind, kann man mit der Entdeckung neuer Öllager rechnen, und die Vervollständigung der Bohrverfahren wird die Erreichung immer tieferer Schichten ermöglichen. Die Kommission nimmt an, daß auf diese Weise noch 108 Millionen Barrels Öl zu gewinnen sind, von einer Erschöpfung also noch lange nicht die Rede sein kann.

Vorlage. In der Vertragreihe des demokratischen Studentenbundes Berlin, bildet heute 8 Uhr in der Volkshalle der Völkische Arbeiter- und Angestelltenvereinigung des Siemenswerks ein Vortrag über die „Münchener Neuesten Nachrichten“ für die Beförderung ersten Grades, wird der Bezug der „Süddeutschen Monatshefte“ für die Beförderung zweiten Grades ausreichen? Sind die Titulaturen als Kompensation für zu niedrige Löhne gedacht? Vielleicht dürfen auch wir uns der bayerischen Regierung mit einem Distrikt zu behandelnden Vorschlag nähern: Sie zeichne mit

